



Es wird Zeit, dass der Staat Gesellschaft bekommt Eine Zeitdiagnose

Frank Thienel

Erstveröffentlichung in: *Fromm Forum* (Deutsche Ausgabe - ISBN 1437-0956) 12 / 2008, Tuebingen (Selbstverlag) 2008, S. 80-82.

Copyright © 2008 by Frank Thienel, Auf der Höhe 96,51429 Bergisch Gladbach, E-Mail: frankthienel[at-symbol]gmx.net.

Der progressive Investitionswechsel moderner Nationen führt zu volkswirtschaftlich alarmierenden Verhältnissen mit absehbaren einschneidenden Veränderungen für die etablierten Sozialstaaten und ihren bewährten Demokratien. Dazu eine volkswirtschaftliche Betrachtung zur Entwicklung der öffentlichen Schulden und privaten Geldvermögen:

Das deutsche Sozialprodukt ist von 1991 bis 2001 um 37 Prozent gewachsen, die Steuereinnahmen um 42 Prozent - und trotz dieser erheblichen Steigerung der Steuereinnahmen reicht nach den gebetsmühlen-artigen Wiederholungen der Politikerkaste das Geld im öffentlichen Sektor nicht. Denn in den gleichen zehn Jahren haben sich die Geldvermögen und damit zwangsläufig die Verschuldung des Staates verdoppelt. Damit stiegen auch die Zinslasten - ausweisbar anhand der Bankzinsrenten - von 201 auf 382 Milliarden Euro. Wären Schulden und Zinszahlungen nicht exponentiell, sondern parallel zur Wirtschaftsleistung gestiegen, also um maximal 37 Prozent, hätten Wirtschaftsunternehmen und Staat heute über 100 Milliarden Euro mehr in den Kassen, was für die Bruttolöhne von vier Millionen durchschnittlich bezahlter Arbeitnehmer reichen würde.

Nach den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank sind die Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland - ohne Sach- und Immobilienwerte - von 1991 bis 2000 von 2,02 Billionen auf 3,68 Billionen Euro gestiegen. Mehr als eine Billion Euro fielen dabei durch *leistungsfreien* Zinsgewinn ab. Die privaten Haushalte besaßen im Jahr 2005 ein Vermögen

von 4,26 Billionen Euro, 180 Milliarden mehr als im Jahr 2004, wie die Postbank AG am 20.07.2006 berichtete. Ein genauerer Einblick in die Reichtumsverhältnisse sind den Ökonomen und Soziologen aus guten Gründen jedoch versperrt. In Deutschland wird absichtlich nicht ausgewiesen, wie die Produktionsmittel auf die Haushalte verteilt sind. Es gibt nach wie vor keine transparenten Vermögensstatistiken.

Pauschal gesehen verfügen bei uns 0,5 Prozent der Bevölkerung über 25 Prozent des privaten Geldvermögens, die 20 Reichsten in Deutschland besitzen 127 Milliarden Euro.

In der Studie „German Wealth Report 2000“ spüren Cap Gemini und die Investmentbank Merrill Lynch den kapitalschmarotzenden Millionären nach. Ihr Ergebnis: Es gab im Jahr 2005 in Deutschland 767.000 Euro-Millionäre (Steigerung um 0,9 Prozent zum Vorjahr). Deutlich mehr als die oberen Zehntausend, und doch ein reichlich exklusiver Club. Insgesamt spielt also weniger als ein Prozent der erwachsenen Bevölkerung in dieser Liga mit. Zusammen verfügt diese Gruppe über 25,7 Prozent des gesamten deutschen Vermögens. Diese Konzentration wird sich systembedingt immer rascher weiter zuspitzen. Denn echter Reichtum bringt wieder neuen hervor. Jede Familie, die von einer Million Euro Vermögen lebt, bringt es unter marktgerechten Umständen auf annähernd 10.000 Euro Kapitalrendite im Monat. Das entspricht einem Stundenlohn von gut 62 Euro brutto - *ohne Arbeit*.

Das Prinzip des Gewinns, aus dem mehr Gewinn wird, kann irgendwann zum persönlichen Überdruß führen, weil dem entfesselten



kapitalistischen System irgendwann der Sinn abhanden kommt. Dem US-Milliardär Warren Buffett erging es so. So erfolgreich war er beim Geldanhäufen, dass er sich unlängst von 80 Prozent seines Privatvermögens trennte. Er hat es einfach verschenkt - an Microsoft-Gründer Bill Gates, der es nun in seiner Stiftung für wohltätige Zwecke anlegen soll. Es geht um 37 von insgesamt 44 Milliarden Dollar, in deren Besitz Buffett offenbar keinen Sinn mehr sah. Ein moderater Zinssatz von 6 Prozent führt dazu, dass die 7 restlichen Milliarden Dollar auf Buffetts Privatkonten ihm pro Jahr 420 zusätzliche Millionen einbringen. Diese Geldvermehrung findet statt, ohne dass der Besitzer noch irgendetwas tun müsste. Und angenommen, globale Schicksalsschläge führten dazu, dass Buffetts Restvermögen zu 99 Prozent vernichtet würde, so blieben doch immer noch 70 Millionen Dollar übrig, die jährlich 4,2 Millionen frisches Geld hervorbrächten.

Indem Buffett das meiste Geld verschenkt, erklärt er implizit, dass es für ihn keinen Nutzen mehr bringt -jenseits des Vermögens, das er ohnehin besitzt. Dieses Eingeständnis ist interessant, weil es die Logik des materiellen Wertesystems der europäisch inspirierten Welt in Frage stellt. Der Kapitalismus bezieht seine Kraft aus dem Versprechen, den individuellen, ökonomischen Gewinn und damit Nutzen für die Gestaltung des eigenen Lebens permanent zu steigern. Offenbar führt sich diese Logik ab einem bestimmten Punkt aber selbst ad absurdum. Sie läuft leer. Noch mehr potenzieller Nutzen, mit noch mehr Geld finanziert, scheint dann keinen zusätzlichen praktischen Nutzen für das individuelle Wohl mehr zu haben.

Wer ein großes Vermögen hat, kann damit *leistungs- und mühelos* gute und sichere Rendite erzielen, denn Reichtum reproduziert sich. Und zahllose wirklich Reiche und Vermögende parken ihre Gelder ganz legal in zahlreichen Steueroasen weltweit. Etwa elf Billionen Euro sind nach aktuellen Schätzungen einiger NGOs dort vor nationalen Finanzbehörden versteckt.

Egal welche herkömmlichen Werkzeuge unsere Staats- und Systemlenker noch aus dem Hut zaubern, können sie eine grundlegende Sache in unserem Wirtschaftssystem ohne genaueres Verständnis der Hintergründe einfach nicht ändern.

Und das ist die Umverteilung des Kapitalvermögens von Arm zu Reich - die aber mehr systemimmanent und weniger eine Frage politischen Willens ist. Das Bruttoinlandsprodukt, die Summe aller Werte der produzierten Güter und Dienstleistungen wird aufgeteilt: Zum einen für geleistete Arbeit, das Arbeitseinkommen, zum anderen für als Investitionen zur Verfügung gestelltes Kapital, das Kapitaleinkommen. Das Kapital aber unterliegt in weiten Teilen einer festen Verzinsung. So werden mehrere Billionen Euro von deutschen Sparkonten oder in Form von Anleihen zu festen Zinssätzen verliehen.

Jeder Euro, den der Bund zahlt, steigert bei den Gläubigern das Vermögen, sie re-investieren es und erzielen im Jahr darauf noch höhere Einkommen. Ergo wachsen die Kapitaleinkommen unaufhörlich und unermesslich weiter. Wächst aber das BIP nicht, so bedeutet das, dass die Arbeitseinkommen sinken müssen, denn wir können nur verteilen, was wir produzieren. Der volkswirtschaftliche Kuchen kann nur einmal verteilt werden. Werden die einen Stücke größer, werden die anderen kleiner.

Genau an dem Punkt sind wir jetzt, erkennbar an sinkenden Löhnen, drastischem Zurückfahren der Arbeitslosenhilfen und herben Einschnitten in den allgemeinen Sozialleistungen. Die Politik vollzieht hier unbewusst das, wozu das ständig anwachsende Kapital sie zwingt: *Arbeit durch Kapital zu substituieren*, mit dem Effekt, dass breite Bevölkerungsschichten immer schneller verarmen werden.

Die Europäische Union hat Armut exakt definiert. Schon 2001 verabschiedeten der Rat und das Parlament der EU ein Aktionsprogramm „zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“. Als eine der vielen Maßnahmen wird darin die Entwicklung gemeinsamer Indikatoren zur Erfassung von Armut und Ausgrenzung beschlossen, darunter ganz zentral die verbindliche Definition einer Armutsgrenze.

Der gemeinsame Indikator ist inzwischen festgelegt. Demnach liegt die Armutsgrenze bei 60 Prozent des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens. Dieses Wort bezeichnet das unter Bedarfsgesichtspunkten ermittelte Pro-Kopf-Einkommen. Es gilt für einen Einpersonenhaushalt beziehungsweise für die erste Person



eines mehrköpfigen Haushalts. Jede weitere Person über 14 Jahren schlägt mit der Hälfte zu Buche, Kinder unter 14 Jahren mit 30 Prozent. Um Verzerrungen durch die Extreme zu vermeiden, werden jeweils die oberen und unteren 10 Prozent der Skala nicht berücksichtigt. Für die alten Bundesländer hat das Statistische Bundesamt für 2002 ein Nettoäquivalenzeinkommen von 1.217 Euro errechnet, für den Osten 1.008 Euro. Demnach lag 2002 die *Armutsgrenze* im Westen bei *730,20 Euro*, in Ostdeutschland bei *604,80 Euro*.

Hartz IV bedeutet zwar nicht für alle, aber doch für die meisten Betroffenen, dass sie mit ihrem Einkommen noch unter der EU-Armutsgrenze liegen. Für den allein stehenden ALG-II-Empfänger in Westdeutschland sieht die Rechnung zum Beispiel folgendermaßen aus: Er erhält 347 Euro Regelleistung, dazu 317 Euro Unterkunftskosten. Diese 317 Euro werden in Musterrechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums als Durchschnitt für „angemessene“ Wohnkosten eingesetzt. Macht zusammen 662 Euro. Damit liegt der Betroffene *68,20 Euro unter der Armutsgrenze*. Bei einer „Bedarfsgemeinschaft“ von zwei Erwachsenen verläuft die Armutsgrenze bei 1.095,30 Euro (730 Euro für die erste Person und 364 Euro für die zweite). Demgegenüber kommen sie mit ALG II nur auf 1.035 Euro und liegen damit ebenfalls unter der EU-Armutsgrenze - ihnen fehlen 60 Euro. Unter Rot-Grün ist der Anteil der Armen an der Bevölkerung von 12,1 Prozent auf 13,5 Prozent gestiegen.

Es ist an der Zeit, laut darüber nachzudenken, warum bei ausbleibendem Wachstum die im Verborgenen bleibenden Kapitalgeber es als selbstverständlich ansehen, dass ihnen auch in allgemein wirtschaftlich schlechteren Zeiten jährlich mehr und mehr Zinsen zufließen, ihr Anteil am volkswirtschaftlichen Kuchen also exponentiell wächst, während die arbeitende, leistende Bevölkerung - also Arbeiter und Unternehmer - sich um einen immer kleiner werdenden Anteil streiten sollen? Hier liegt einer der ursächlichsten Systemfehler, der ziemlich einfach dadurch behoben werden könnte, dass der Kapitalmarktzins stets unterhalb der Wachstumsrate des Volkseinkommens zu bleiben hat.

Ausgehend vom Volkseinkommen hat sich

in den letzten drei Jahren das Arbeitnehmerentgelt von 1.129 auf 1.132 Mrd. Euro, also um 0,27% erhöht, während Unternehmens- und Vermögenseinkommen von 422 auf 484 Mrd. Euro, das heißt um 14,7% gestiegen sind. Obwohl die Divergenz hier offensichtlich ist, wollen Lobbyisten die seit nahezu zwei Jahrzehnten stagnierenden Einkommen der Lohnabhängigen weiter drastisch schmälern. Zurzeit werden mal wieder die als „Lohnnebenkosten“ verunglimpften Standortkosten als Jobkiller durchs Dorf gejagt. Jeder Prozentpunkt weniger würde 100.000 Jobs schaffen, heißt es von der Arbeitgeberseite (BDA-Präsidenten). Schauen wir uns diese dreiste Behauptung etwas näher an: Die Gesamtkosten (G) zur Herstellung eines Produkts betragen z.B. 100 Euro. Nach McKinsey und der *Zeit* beläuft sich der Anteil der darin enthaltenen Personalkosten (P) auf etwa ein Fünftel, 90% dieser Personalkosten sind Lohn (L) inklusive Lohnnebenkosten. Darin ist der Arbeitgeberanteil (AG) an der Sozialversicherung als knappes Fünftel des Bruttolohns enthalten. Um wie viel verbilligt sich die Herstellung, wenn die Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt sinkt? Lösung: Die Gesamtkosten sinken um 3 Cent! ($G = 100$, $P = 0,2G$, $L = 0,9P$, $AG = L/1,2 \cdot 0,2$ Ersparnis = 1 %AG)

Arbeitskosten werden von der Arbeitgeberseite, „wissenschaftlich“ gestützt vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft, immer wieder als Kampfmittel zur Senkung der Löhne ins Feld geführt. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind jedoch viel entscheidender die *Lohnstückkosten*, also die Kombination der Arbeitskosten mit der Produktivität. Beim Lohnstückkosten-Index liegt Deutschland aber eher am Tabellenende, was demnach auch die Erfolge der Exportindustrie erklärt. Die Löhne fallen in Deutschland - anders als in allen anderen Industriestaaten - nun schon seit Jahren hinter den Produktivitätsanstieg zurück. Das Ergebnis sind fallende Lohnstückkosten und, nebenbei bemerkt, ein Wirtschaftsaufschwung, von dem allein die Exportindustrie profitiert, die breite Masse aber rein gar nichts hat.

Ein weiteres aktuelles Beispiel zu den immer größer werdenden Obszönitäten deutscher Unternehmenskultur: Obwohl die Deutsche Bank 2004 ihren Jahresüberschuss gegenüber dem



Vorjahr um 87% auf 2.546 Millionen Euro steigern konnte, sollen nun weltweit 6.400 Arbeitsplätze abgebaut werden. Es wird das Ziel verfolgt, durch die Reduzierung der Personalkosten die Eigenkapitalrendite auf 25% vor Steuern zu erhöhen. Dem Artikel 14 (2) Grundgesetz, „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, fühlen sich Manager und Aktionäre offenkundig widerrechtlich nicht verpflichtet.

Die Ideologie des globalen Marktstaates hat die Köpfe so weitgehend imprägniert, dass der Bruch mit der bürgerlich-kapitalistischen Moderne, den Hartz IV bedeutet, fast unbemerkt durchging. Auch wenn Legitimationsfragen vor allem intellektuelle Diskurse füttern, ist verwunderlich, dass die Kategorien „Armut“ und „Bedürftigkeit“ in die offizielle Sprache zurückgekehrt sind - ganz ohne Scham. Damit werden 200 Jahre gesellschaftliche Entwicklung semantisch durchgestrichen. Der Konsens, der die deutsche Gesellschaft zusammengehalten hat, beruhte nicht nur auf dem Wohlstandsgewinn aller Klassen, sondern auch auf dem Versprechen: Vollbeschäftigungspolitik und Rationalisierung ermöglichen „gute Arbeit“ für alle. „Humanisierung der Arbeit“ hieß das. Dass das Sozialprodukt stetig wächst, aber die Lohnquote sinkt, die Arbeitszeit steigt und die Ungleichheit größer wird, verstößt gegen historisch erworbenes Gerechtigkeitsempfinden.

Literaturempfehlungen:

Elmar Altvater: „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik“.

Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, 240 Seiten, 14,90 Euro

Hans Christoph Binswanger: „Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Wachstumsprozesses“. Metropolis-Verlag, Marburg 2006, 418 Seiten, 24,90 Euro

Peter Bofinger: „Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle“. rororo, Hamburg 2006, 284 Seiten, 9,90 Euro

Heiner Flassbeck: „50 einfache Dinge, die Sie über unsere Wirtschaft wissen sollten“. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2006, 171 Seiten, 8,90 Euro

Rudolf Hickel: „Kassensturz. Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik“. Rowohlt Verlag, Reinbek 2006, 255 Seiten, 16,90 Euro

Gustav A. Horn: „Die deutsche Krankheit. Sparwut und Sozialabbau, Thesen gegen eine verfehlte Wirtschaftspolitik“. Hanser Verlag, München 2005, 195 Seiten, 19,90 Euro

Joachim Jahnke: „Falsch globalisiert. 30 Schlaglichter auf die neoliberale Wirtschaftskonzeption“. VSA Verlag, Hamburg 2006, 229 Seiten, 14,80 Euro

Ulrich Maurer: „Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken“. Riemann Verlag, München 2006, 286 Seiten, 18 Euro

Albrecht Müller: „Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren“. Knauer Taschenbuch, München 2005, 416 Seiten, 8,95 Euro

Albrecht Müller: „Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet“. Droemer Verlag, München 2006, 364 Seiten, 19,90 Euro

Christian Rickens: „Die neuen Spießer. Von der fatalen Sehnsucht nach einer überholten Gesellschaft“. Ullstein Verlag, Berlin 2006, 282 Seiten, 14,40 Euro.